



EINE KLIMAPOLITIK FÜR DIE 99 PROZENT UND IHRE KINDER

ZÜRICH

MITTE FEBRUAR 2020

FACHGRUPPE

POLITISCHE

ÖKONOMIE DES

DENKNETZES

WE HAVE A DREAM

IN ANLEHNUNG AN
MARTIN LUTHER KING

**ES GIBT KEINE JOBS AUF
EINEM TOTEN PLANETEN**

INTERNATIONAL TRADE UNION
CONFEDERATION ITUC



Die Klimaerhitzung ist die grösste Herausforderung, die sich der Menschheit heute stellt. Zu befürchten sind die unwiederbringliche Vernichtung einer immensen Zahl an Kulturgütern, die unwiederbringliche Auslöschung einer riesigen Zahl von Tier- und Pflanzenarten, Elend und Tod für Hunderte Millionen Menschen und eine unabsehbare Brutalisierung der gesellschaftlichen Verhältnisse. Es ist im vitalen Interesse von uns allen, diese fatale Entwicklung zu stoppen respektive so gut wie irgend möglich einzudämmen. Dieses Ziel muss gerade auch für Gewerkschaften und Berufsverbände höchste Priorität haben, ganz im Sinne des Titels, den die International Trade Union Confederation ITUC bereits 2015 einem Positionspapier gegeben hat: "Climate Justice: There are no Jobs on a dead planet" (Klimagerechtigkeit: Es gibt keine Jobs auf einem toten Planeten)¹.

¹ https://www.ituc-csi.org/IMG/pdf/ituc_frontlines_climate_change_report_en.pdf (gelesen am 21.2.2020)

Klimapolitik ist Gesellschaftspolitik. Sie betrifft Fragen der Steuerung von Wirtschaft und Finanzwelt, Fragen der Infrastrukturen für die Energieversorgung und für die Mobilität, Fragen der Steuer- und Fiskalpolitik, Fragen der Alltagsgestaltung und des Konsums. Die Dringlichkeit der klimapolitischen Wende und das geforderte Ausmass bei der Reduktion der Klimagas-Emissionen machen klar, dass in all diesen Bereichen umfassende Veränderungen nötig sind. Ein wachsender Anteil der Bevölkerung dürfte heute die Auffassung teilen, dass „wir nicht so weitermachen können wie bisher“, und dass wir für eine klimapolitische Wende auch Gewohnheiten in unseren Konsum- und Mobilitätmustern ändern müssen. Die Bereitschaft breiter Bevölkerungsteile,

ihre Lebensführung den neuen Erfordernissen anzupassen, wird allerdings zu recht davon abhängen, ob dafür soziale Lösungen gefunden werden. Versuche, die Kosten des Klimaschutzes auf breite Bevölkerungskreise abzuwälzen, die Besitzenden grosser Vermögen und die etablierten Machtzentren jedoch zu schonen, würden zu recht scheitern. Denn es ist dieselbe ökonomische und politische Dynamik, die den Klimawandel antreibt und gleichzeitig die sozialen Ungleichheiten vergrössert. Klimapolitik wird nur erfolgreich sein, wenn sie Klimapolitik für die 99% und ihre Kinder ist – und nicht „Klimapolitik“ für das eine Prozent.

Im Folgenden erläutern wir konkrete Vorschläge für eine wirksame und

gleichzeitig sozial gerechte Klimapolitik. Wir erheben dabei nicht den Anspruch, ein umfassendes Programm vorzulegen. Wir möchten vielmehr die Stossrichtung verdeutlichen, die unseres Erachtens erforderlich ist. Zudem legen wir den Schwerpunkt bei Vorschlägen, die rasch umsetzbar sind, sobald der nötige gesellschaftliche und politische Wille dafür vorhanden ist². Die zentrale Herausforderung liegt dabei darin, Formen eines neuen Wohlstandes für die 99 Prozent zu generieren – Formen, die verschwenderische Konsummuster

² Wir verweisen an dieser Stelle auf das Buch von Beat Ringger Das System Change Klimaprogramm, publiziert vom Denknetz im Herbst 2019 und online verfügbar unter <http://www.denknetz.ch/wp-content/uploads/2019/09/System-Change-Klimaprogramm.pdf>

und unhaltbaren Ressourcenverbrauch überwinden.

Klimavermögensabgabe

In den letzten Jahrzehnten neoliberaler Dominanz ist es zu einer erheblichen Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums zugunsten der Grosskonzerne und der Ultra-High-Net-Worth Individuals (UHNWI) gekommen. Laut gängiger Bezeichnung gehört zu den Superreichen, wer mindestens 30 Millionen US-Dollar an investierbarem Kapital besitzt (ohne eigenbewohnte Immobilien und selbst genutzte Wertgegenstände). Gemäss Wikipedia gab es 2017 weltweit 226'450 UHNWI (ungefähr 0,03 Promille der Weltbevölkerung) mit einem Gesamtvermögen von über 27'000 Milliarden US-Dollar³. Im Zusammenhang mit der globalen Reichtumsverteilung ist auch eine weitere, von der Entwicklungs-NGO Oxfam ermittelte Zahl bekannt geworden: Die acht reichsten Personen dieser Welt verfügen gemeinsam über mehr Vermögen als die ärmere Hälfte der ganzen Weltbevölkerung⁴. Diese UHNWI und ihre Entourage sind die eigentlichen Profiteur*innen der letzten vierzig Jahre, die von wachsender Ungleichheit, von Umweltzerstörung und ungebremster Klimaerhitzung geprägt gewesen sind. Es ist deshalb eine Frage elementarer Gerechtigkeit, dass die Reichsten der Welt einen wesentlichen Teil an die Kosten beisteuern, die nun bei der Begrenzung der Klimaerhitzung entstehen. Wir fordern deshalb die Einführung einer Klimavermögensabgabe von 20 Prozent auf investierbare Vermögen, die grösser sind als eine Million Franken (ohne selbstbewohnte Immobilien, persönliche Gegenstände und Altersguthaben). Diese Forderung geht auf einen Vorschlag des Internationalen Währungsfonds IWF

³ https://en.wikipedia.org/wiki/Ultra_high-net-worth_individual, gelesen am 18.2.2020

⁴ <https://www.oxfam.de/ueber-uns/aktuelles/2017-01-16-8-maenner-besitzen-soviel-aermere-haelfte-weltbevoelkerung>, gelesen am 18.2.2020

zurück, der 2013 eine solche Vermögensabgabe in der Höhe von 10 Prozent ins Spiel gebracht hat⁵.

Allein in der Schweiz ergibt eine solche Abgabe Erträge in der Höhe von rund 240 Milliarden CHF. Sie könnte auf mehrere Jahre verteilt werden (z.B. 2 Prozent während 10 Jahren). Ihre Einführung muss mit einer Kapitalverkehrskontrolle verbunden werden, um ein Verschieben der grossen Vermögen ins Ausland zu verhindern⁶.

Klimabonus

Zweitens fordern wir eine CO₂-Lenkungsabgabe, deren Erträge vollständig an die Bevölkerung rückverteilt werden, und zwar in Form eines gleichen Betrags pro Kopf. Die Abgaben müssen so hoch sein, dass sie ernsthafte Wirkungen auslösen, und sie müssen die wichtigen problematischen Güter und Dienstleistungen erfassen. Dazu gehören sicher alle fossilen Treib- und Brennstoffe, auf die eine Abgabe von CHF 2.- pro Liter erhoben werden soll, ebenso Fleisch aus Massentierhaltung; weiter müssen auch Flugtickets erfasst werden (z.B. mit einer Mindestabgabe von CHF 300.- pro Ticket). Der Klimabonus ist keine Steuer, sondern eine Lenkungsabgabe. Dank der Rückverteilung ist die Wirkung sozial ausgleichend. Reiche Haushalte mit hohem Konsumniveau werden stärker zur Kasse gebeten, während ärmere Haushalte unter dem Strich von der Abgabe profitieren. Sie tun dies umso mehr, wenn sie ihre Lebensführung auf Klimaverträglichkeit ausrichten. Ein Sonderfall sind jene industriellen

⁵ International Monetary Fund IMF (2013). Fiscal Monitor – Taxing Times (S.49). <https://www.imf.org/en/Publications/FM/Issues/2016/12/31/Taxing-Times>(gelesen am 30.8.18)

⁶ Vergl. den Artikel Sechs Bausteine für ein fortschrittliches Klimaprogramm (2018). In: Denknetz-Zeitung Nr. 4. http://www.denknetz.ch/wp-content/uploads/2018/12/Bausteine_Krisenprogramm.pdf

Prozesse, bei denen eine hohe Prozesswärme benötigt wird (insb. Zementherstellung, Stahlwerke). Diese Industrien müssen gesondert betrachtet und reguliert werden. Im Fall der Zementherstellung ist eine massive Reduktion des produzierten und verarbeiteten Volumens unabdingbar, weil alleine bei der Zementherstellung heute acht Prozent der klimarelevanten Gase emittiert werden⁷. Zement muss in höchstmöglicher Masse durch andere Baustoffe ersetzt werden. Ohnehin muss im Baubereich alles unternommen werden, damit genügend Ressourcen für die Sanierung des bestehenden Immobilienparks verfügbar sind. Neubauten müssen höchsten Klimastandards genügen und dürfen nur noch dann bewilligt werden, wenn keine Alternativen verfügbar sind und/oder ein hoher gesellschaftlicher Bedarf nachweisbar ist. Die Priorität im Bauwesen muss klar bei der energetischen Sanierung der bestehenden Bausubstanz liegen.

Kerosinsteuer, globale Klimagerechtigkeit

Ein klimapolitisch zentraler Problembereich ist das Fliegen, das gegenwärtig besorgniserregende Wachstumszahlen aufweist. Lösungen, mit denen die fossilen Treibstoffe (Kerosin) durch klimaneutrale Antriebe ersetzt werden könnten, sind auf absehbare Zeit nicht in Sicht. Deshalb bleibt nur eine deutliche mengenmässige Begrenzung übrig, um die Klimabelastungen ausreichend begrenzen zu können. Umso stossender ist es, dass Kerosin im Gegensatz zu allen andern Treibstoffen nicht besteuert und auf internationalen Flügen auch keine Mehrwertsteuer erhoben wird. Wir fordern deshalb die Einführung einer Kerosinsteuer von einem Dollar pro Liter und die Unterstellung der Flugtickets unter die Mehrwertsteuer. Obwohl die-

⁷ Siehe u.a. https://mobil.wwf.de/fileadmin/fm-wwf/Publicationen-PDF/WWF_Klimaschutz_in_der_Beton-_und_Zementindustrie_WEB.pdf (gelesen am 21.2.2020)

se Konsumsteuern für Reiche weniger ins Gewicht fallen als für die übrige Bevölkerung, befürworten wir sie. In den Zeiten der Klimaerhitzung kann es keinen Anspruch geben, zu Tiefstpreisen übers Wochenende rasch nach London, Madrid oder New York shoppen gehen zu können.

Eine Kerosinsteuer müsste wenn irgend möglich auf globaler, mindestens aber auf kontinentaler Ebene eingeführt werden. Dafür müssen sämtliche internationalen Abkommen sistiert werden, die einer solchen Steuer im Weg stehen. Die Erträge aus der Kerosinsteuer sollen für Investitionen in den Ländern des globalen Südens eingesetzt werden: für Massnahmen zum Schutz vor den Folgen der Klimaerwärmung, für die Förderung der erneuerbaren Energiegewinnung, für soziale Infrastrukturen, für die Stärkung einer nachhaltigen Ökonomie. Angenommen, das Volumen des Flugverkehrs wird durch Kerosinsteuer, Mehrwertsteuer und Flugticketabgabe halbiert (was wünschenswert resp. erforderlich ist), dann verbleiben immer noch rund 185 Milliarden US\$ an jährlichen Einnahmen aus der vorgeschlagenen Kerosin-Besteuerung⁸. Dieser Betrag entspricht rund 2 Promille der jährlichen Weltwirtschaftsleistung (Weltbruttoinlandprodukt) und ist etwa das Doppelte von dem, was an der Pariser Klimakonferenz an Zahlungen des globalen Nordens an den globalen Süden beschlossen worden ist. Allerdings liegt der Betrag gerade mal in der Grössenordnung dessen, was in den Entwicklungsländern die Anpassungsmassnahmen an den Klimawandel jährlich kosten (Climate Vulnerability Monitor, 2012). Die von uns vorgeschlagene Kerosinsteuer und ihre Verwendung reichen also nicht aus. Es sind zusätzliche

⁸ Weltweit werden jährlich rund 370 Mia. Liter Kerosin verbraucht. Davon sind die Hälfte 185 Mia. Liter; bei einer Steuer von einem Dollar pro Liter ergeben sich die genannten 185 Mia. Dollar pro Jahr. Quelle für den Kerosinverbrauch: <https://de.globometer.com/flugzeug-kraftstoff.php> (gelesen am 18.2.20)

Anstrengungen des globalen Nordens nötig, um dem Postulat der globalen Klimagerechtigkeit zu genügen, d.h. um auch Massnahmen bei der ökologischen Umstellung von Wirtschaft und Gesellschaft und bei der Armutsbekämpfung unterstützen zu können.

Vier Wochen Klimaferien

Die Bedeutung der Ferienflüge hat in den letzten Jahren massiv zugenommen. Dies muss im Kontext einer Hamsterrad-Gesellschaft betrachtet werden, in der eine grosse Zahl von Menschen durch Beruf, Haushalt und Familie hoch belastet ist – mit tendenziell weiter steigender Tendenz. „Ferien unter Palmen“ sind für viele ein kompensatorisches Anti-Stress-Wunschbild geworden und haben diese Eigenschaft gemeinsam mit vielen weiteren Formen eines Turbo-Konsums, wie z.B. Billigbekleidungsstücke oder kurzlebige Geräte, die oft von eher zweifelhaftem Nutzen sind.

Verschwenderische Konsummuster sind nicht länger vereinbar mit den Erfordernissen des Klimaschutzes. Gleichzeitig erfordert eine klimagerechte Umstellung der täglichen Lebensführung ausreichend Zeit: Zeit, um sich neue Kenntnisse anzueignen und seine Gewohnheiten zu überprüfen und zu ändern. Zeit brauchen auch all jene, die sich politisch engagieren. Dieses Engagement ist die wichtigste Ressource für einen gesellschafts- und klimapolitischen Wandel.

Deshalb fordern wir vier zusätzliche Klima-Ferienwochen pro Jahr für alle. Das entspricht einer Arbeitszeitverkürzung von rund 8 Prozent. Gering- und Normalverdienende sollen den vollen Lohnausgleich erhalten. Damit wird kompensiert, dass es in den letzten Jahrzehnten eine deutliche Umverteilung von unten nach oben, von der Arbeit zum Kapital gegeben hat. Der Bezug dieser Ferien soll auch in Form einer regelmässigen Arbeitszeitreduktion von einem halben Tag pro Arbeitswoche ermöglicht wer-

den. Die Modalitäten der Einführung sollen von Gewerkschaften mit den Unternehmensverbänden respektive mit der öffentlichen Hand ausgehandelt werden. Eine stufenweise Einführung wird erforderlich sein, um betriebliche Anpassungsprozesse bewältigen zu können. Die Einführungsphase muss jedoch klar begrenzt werden, z.B. auf sechs Jahre.

Weiter fordern wir die Einführung einer Elternzeit, die diesen Namen verdient. Nach einer Geburt müssen beide Elternteile genügend Zeit haben, um sich um das Kind kümmern zu können. Eine Elternzeit muss sich mindestens an den Vorschlägen der eidgenössischen Koordinationskommission für Familienfragen (EKFF) orientieren, die für eine 38-wöchige Elternzeit plädiert⁹.

Ökologischer Umbau und das Recht auf gute Arbeit („Just transition“)

Beim ökologischen Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft werden unter dem Strich weit mehr Erwerbsarbeitsstellen geschaffen als abgebaut. Dies gilt umso mehr, wenn in diesen Umbau auch eine Stärkung der öffentlichen Care-Dienste (Kita, Spitex etc.) mitgedacht wird, was wir mit grossem Nachdruck befürworten. Aber auch die Bereiche Bau, öffentlicher Verkehr, dezentrale Energieversorgung und nachhaltige Landwirtschaft schaffen ein deutliches Plus an neuen Stellen. Im Bereich der

⁹ https://ekff.admin.ch/fileadmin/user_upload/ekff/05dokumentation/Elternzeit/Argumentarium_Elternzeit_D.pdf, gelesen am 18.2.2020



Mobilität zu Lande muss die heutige private Autoflotte zugunsten eines nachhaltigen Mobilitätsregimes deutlich reduziert werden. Dieses Regime beruht auf

1) einem ausgebauten Öffentlichen Verkehr, der in den Städten, Agglomerationen und im Fernverkehr vermehrt auf der Strasse zirkuliert,

2) auf einem massiven Ausbau des Car Sharing und 3) auf der konsequenten Förderung des Fahrradverkehrs. Auch hier dürften per Saldo mehr Jobs entstehen als verloren gehen, etwa beim Ausbau des ÖV oder im Unterhalt der Car-Sharing-Flotte. Dazu kommt unser Vorschlag eines neuen öffentlichen Dienstes in Form von flächendeckenden Klimawerkstätten, für den alleine mehrere zehntausend neue Stellen erforderlich sind (siehe weiter unten).

Der ökologische Umbau muss einhergehen mit einem klaren Rechtsanspruch auf das, was die ILO als decent work bezeichnet: reguläre, regelmässige Arbeit unter anständigen Bedingungen und zu angemessenen Löhnen. Ein solcher Anspruch soll erstens all jene unterstützen, deren Job durch den ökologischen Umbau verloren geht: Leute in der Flugbranche, in überbordenden Konsumbereichen, in der Autobranche. Ebenso wichtig ist ein Recht auf angemessene Arbeit für alle, deren Stellen aus andern Gründen (Stichwort digitale Revolution) abgebaut werden. Und nicht zuletzt wird damit sichergestellt, dass in den neuen „grünen“ Sektoren der Wirtschaft decent work etabliert werden kann. Der Anspruch auf decent work wird auf dreifachem Weg gesichert:

1) Durch die Schaffung einer Vielzahl von neuen „grünen“, guten Stellen;

2) durch ein entsprechendes Angebot für die berufliche Umschulung, verbunden mit einem Stipendienwesen, das allen Betroffenen den Zugang zu dieser Umschulung ermöglicht;

3) durch die Sicherung der Arbeitsbedingungen in Gesamtarbeitsverträgen, in öffentlichen Anstellungsreglementen, mittels entsprechender Vorgaben bei der Auftragsvergabe durch die öffentliche Hand und mit griffigen Lohnschutzmassnahmen zur Flankierung der Personenfreizügigkeit.

Arbeits- und Gesundheitsschutz

Decent work muss sich auch auf die Belastungen am Arbeitsplatz beziehen, die durch den Klimawandel entstehen. Besonders bedeutsam sind hier Belastungen im Zusammenhang mit Hitzeperioden, wie sie zunehmend zu erwarten sind. Davon betroffen sind nicht nur Tätigkeiten im Freien, sondern auch Arbeiten in überhitzten Büroräumen, Fabrikationshallen, Spitälern, Schulen, Heimen und so weiter. Oftmals werden dabei auch Schüler*innen, Student*innen, Kranke und Betagte in Mitleidenschaft gezogen.

Die heutigen Schutzbestimmungen (z.B. im Arbeitsgesetz) müssen entsprechend ergänzt und insbesondere präzisiert werden. Vor allem aber müssen die erforderlichen Schutzmassnahmen umfassend durchgesetzt werden. Den Beschäftigten und ihren Verbänden muss dabei ein echtes Mitbestimmungsrecht eingeräumt werden. Bei der Implementierung von Lösungen wiederum muss selbstverständlich auf Klimafreundlichkeit und Umweltschutz geachtet werden; Klimaanlagen etwa müssen selbstverständlich mit erneuerbaren Energien betrieben werden.

Klimabank und Klimaagenturen

Der ökologische, klimaschonende Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft macht eine Reihe von Investitionen er-

forderlich, die unter anderem aus der von uns vorgeschlagenen Klimavermögensabgabe finanziert werden sollen. Überdies gibt es aber insbesondere in den Bereichen Gebäudemanagement (Heizung, Kühlung, Isolation) sowie dezentrale, erneuerbare Energiegewinnung eine Reihe ausgereifter Technologien, die nun rasch und massenhaft zur Anwendung kommen müssen und dafür mit klassischen Krediten finanziert werden sollen. Um den Erneuerungsprozess im Bau und in der dezentralen Energieversorgung zu beschleunigen fordern wir deshalb die Schaffung einer öffentlichen Klimabank in Kombination mit neuen Non-Profit-Klimaagenturen. Die Klimabank gewährt Kredite zu günstigen Konditionen. Kreditnehmende sind die Klima-Agenturen. Diese unabhängigen Non-Profit-Agenturen bündeln Kompetenzen und kennen Märkte, Anbieter und Behörden. Sie realisieren im Auftrag von Immobilienbesitzenden, von Zweckverbänden oder von Gemeinden in der Rolle des Generalunternehmens den klimagerechten Ein- und Umbau entsprechender Technologien (Solartechnik, Wärmepumpen, Erdsonden, Sanierung von Gebäudehüllen, Fernwärme-Anlagen, lokale intelligente Versorgungsnetze etc.). Sie übergeben die erstellten Lösungen zu einem günstigen Zins zur Nutzung, mit dem die Amortisationskosten und weitere Aufwände abgegolten werden. Klimabank und Klimaagenturen ermöglichen es damit, ehrgeizige Vorschriften im Bereich der Gebäude und der Energiegewinnung rasch umzusetzen.

Klimawerkstätten, Recycling, Reparierbarkeit

Klimawerkstätten unterstützen Haushalte, Gemeinden, Quartiere, Zweckverbände, Vereine, KMU usw. bei ökologischen Anpassungsprozessen und in der umweltfreundlichen Alltags- und Lebensraumgestaltung. Sie nehmen dafür Ideen und Ansätze auf, wie sie bereits heute mannigfach praktiziert wer-

den, bislang aber weitgehend unbunden nebeneinander existieren und meist auch nur in Nischen Fuss gefasst haben. Man kann sich Klimawerkstätten als eine Kombination von Repair Cafés, als Ausleihestellen für Werkzeuge, Geräte und Maschinen, als Holz- und Textilwerkstätten, Beratungsstellen (z.B. für Hausrenovationen und die optimale Einstellung von Heizsystemen), als Quartiertreffs, Kursanbieter und öffentlichen Mediatheken vorstellen. Klimawerkstätten arbeiten eng mit Organisationen der Zivilgesellschaft zusammen, etwa Quartiervereinen oder lokalen Grassroots-Initiativen.

Klimawerkstätten werden zu einem Fokuspunkt für eine nachhaltige Kultur bei der Pflege und Herstellung von Gütern aller Art. Dabei sollen neue Technologien wie die additive Fertigung (3D-Drucker) zum Einsatz gelangen. Ein erstes breites Anwendungsfeld dieser Technologien ist die Fertigung von Ersatzteilen für die Reparatur von Alltagsgeräten und Installationen. Um die Reparierbarkeit weiter zu verbessern, müssen die Produzenten von Geräten, Standardanlagen, Möbeln etc. darauf verpflichtet werden, ihre Güter auf reparaturfreundlichkeit und Rezyklierbarkeit hin zu optimieren. Sie sollen u.a. für alle Ersatzteile im Internet Fertigungsanleitungen publizieren, was die dezentrale Produktion dieser Ersatzteile mit Hilfe der 3D-Drucker in Klimawerkstätten erleichtert. Je nach technischen Fortschritten können künftig auf diese Weise auch ganze Bausätze und Geräte zu vernünftigen Kosten dezentral produziert werden.

Solche Klimawerkstätten sollen als öffentlicher Dienst verstanden und in allen Quartieren und Dörfern eingerichtet werden. Sie müssen möglichst stark in die jeweiligen Gemeinschaften integriert sein, etwa durch die Zusammenarbeit mit Quartier- oder Dorfvereinen, mit Schulen, Fachhochschulen und Universitäten, mit Pfadfinderorganisationen usw. Viele ihrer einzelnen Dienste

(z.B. Reparaturdienste) dürfen durchaus etwas kosten (allerdings ohne dass dabei Gewinninteressen bedient werden). Dennoch ist klar, dass sie finanzielle Unterstützung durch die öffentliche Hand benötigen.

In Klimawerkstätten werden eine Vielzahl neuer, vielfältiger Arbeitsstellen geschaffen. Grob geschätzt würden dabei in der Schweiz mehrere Zehntausende neue Stellen entstehen. Dabei werden insbesondere auch handwerkliche Qualifikationen wieder aufgewertet, die in den letzten Jahrzehnten stark an Wertschätzung verloren haben. Klimawerkstätten würden zum Teil einer Kultur, dank derer der Alltag optimal auf ökologische Anforderungen ausgerichtet werden kann und sich gleichzeitig auch neue Formen des sozialen Zusammenhalts entwickeln.

Klimaverträglichkeitsprüfungen

Wir fordern, dass die Schweiz für alle Produkte und Dienstleistungen, die in der Schweiz zum Kauf angeboten werden und/oder in der Schweiz produziert werden, eine Klima-, Umwelt- und Sozialverträglichkeitsprüfung etabliert (hier der Kürze halber Klimaverträglichkeitsprüfung genannt). Produkte und Dienste, die deutlich von der jeweils bestbekannten Praxis entfernt sind, werden sanktioniert respektive vom Markt genommen. Klimaverträglichkeitsprüfungen sollen auch Finanzdienstleistungen und Finanzprodukte erfassen. Firmen und Institutionen sind aufgefordert, solche Prüfungen so rasch als möglich aus eigenem Antrieb in Gang zu setzen. Dabei sollen die Belegschaften aktiv und eigenständig mitwirken können. Die entsprechenden Resultate sind offenzulegen. Die Vorgehensweise und die Ergebnisse dieser Prüfungen sollen durch eine unabhängige, öffentliche Instanz regelmässig evaluiert werden. Diese Instanz muss Prüfungen gegen Kostenaufgaben selbst vornehmen können, wenn diejenigen der Unternehmen für ungenügend befunden werden. Massstab für die Beurteilung muss die für

jedes Produkt/Dienstleistung die bestmögliche klima-, umwelt- und sozialpolitische Praxis in Bezug auf Produktion, Verpackung, Transportwege, Vertrieb, Lebensdauer, Rezyklierbarkeit und Nutzung sein. Es müssen griffige Sanktionsmöglichkeiten geschaffen werden, um Klimaverträglichkeitsprüfungen durchzusetzen und sicherzustellen, dass ihre Resultate zu Verbesserungen führen. Im Notfall müssen die Produktion, der Vertrieb und der Handel von klimaschädigenden Produkten/Dienstleistungen verboten werden können. Klimaverträglichkeitsprüfungen helfen, möglichst alle Produkte in eine Kreislaufwirtschaft einzubinden. Sie helfen, eine Zero-Waste-Gesellschaft zu verwirklichen, in der jeder ‚Abfall‘ wiederverwendet respektive recycelt wird. So müssen Verpackungen auf das Unabdingbare reduziert werden und zu 100 Prozent recycelbar sein.

Eine wichtige Dimension der Klimaverträglichkeit sind die Transportwege, die ein Produkt mitsamt seinen Komponenten auf sich vereint. Viel zu billige Transportkosten, weltweit enorme Lohnunterschiede und Umweltgesetze sowie ein Mangel an ethischem Verhalten bei vielen Verantwortlichen führen zu einem oft grotesk hohen Transportaufwand und den damit verbundenen Treibhausgas-Emissionen. So wird etwa norwegischer Rauchlachs nach China transportiert, um dort tranchiert zu werden, bevor er wieder nach Europa verfrachtet wird und in den Regalen der Supermärkte landet (Donaukurier, 11.5.17). Eine weitere Dimension der Klimaverträglichkeit betrifft die Lebensdauer und die Reparierbarkeit von Pro-

dukten. Selbstverständlich muss jede Form von eingebauter Obsoleszenz strikt verboten werden. Produkte müssen vielmehr auf eine optimale Lebensdauer ausgelegt werden; sämtliche Verschleisssteile müssen auf einfache Weise ersetzt werden können und für die Herstellung dieser Teile müssen, wenn immer möglich, kostenlose Online-Produktionsanleitungen für 3D-Drucker verfügbar gemacht werden (siehe auch den Abschnitt zu Klimawerkstätten). Klimapolitik und internationaler Wettbewerb

Der ungezügelter globale Wettbewerb zwischen Konzernen und zwischen Wirtschaftsstandorten ist einer der wichtigsten Gründe dafür, warum der Klimaschutz nur so zögerlich vom Fleck kommt. Dieser Wettbewerb wird denn auch jedes Mal als Totschlag-Argument ins Feld geführt, wenn entsprechende Massnahmen (wie etwa eine Klimasteuer oder verschärfte Produkteanforderungen) vorgeschlagen werden. Dieses Korsett des globalen Wettbewerbs muss deshalb dringend gesprengt werden, wenn wir die Klimaerhitzung ernsthaft eindämmen wollen. Dafür braucht es globale, durchsetzungsfähige Regeln. Internationale Bewegungen müssen den nötigen Druck machen, um eine solche Regeln durchzusetzen. Die Klimastreikbewegung/Fridays for Future haben 2019 gezeigt, welche Wirkung von global vernetzten und koordiniert agierenden Bewegungen ausgehen kann. Globale Bewegungen schaffen damit auch die besten Voraussetzungen dafür, damit einzelne Länder mit der Regelsetzung starten können und diesen Regeln anschliessend internatio-

nal zum Durchbruch verholfen werden kann. Ein Beispiel dafür hat die Schweiz 1986 geliefert, als sie als erstes Land in Europa die Pflicht zum Einbau eines Katalysators in Neuwagen eingeführt hat. Kurze Zeit später hat Europa, hat die Welt nachgezogen, und seither ist der Kat eine Selbstverständlichkeit¹⁰.

Wenn die Bemühungen um global gleiche, gute Regulierungen nicht rasch genug greifen, ist es gerechtfertigt, dass sich Länder oder Ländergruppen gegen negative Auswirkungen zur Wehr setzen, die sie aufgrund ihrer fortschrittlichen Klima-, Wirtschafts- und Sozialpolitik erleiden würden. Einen Schutz bieten z.B. Zölle und Zollkonzepte wie das Border Tax Adjustment oder der Erlass qualitativer Anforderungen an Importprodukte. Einen besonderen Bedarf haben viele Länder des globalen Südens, wenn sie eigene Wirtschaftsstrukturen aufbauen und in dieser Aufbauphase vor der Konkurrenz durch Billigprodukte geschützt werden müssen.

Allerdings besteht die Gefahr, dass solche Massnahmen in den Sog einer nationalistischen und protektionistischen Politik geraten. Deshalb müssen sie immer wieder von Neuem überprüft werden. Und die Bemühungen um wirksame internationale Regeln und Kooperationen müssen entschlossen fortgesetzt werden. Sind Regeln nämlich erst einmal global etabliert, werden sie auch kaum mehr in Frage gestellt – weil nun im internationalen Wettbewerb die Bedrohung durch jene Konkurrenten

¹⁰ Siehe <https://de.wikipedia.org/wiki/Fahrzeugkatalysator> (gelesen am 18.2.2020). Katalysatoren reduzieren den Ausstoss von Stickoxiden bei Verbrennungsmotoren auf einen Bruchteil. Stickoxide schädigen die Lunge und führen zur Versauerung des Regens und damit zum Absterben der Bäume. Die Verpflichtung zum Kat-Einbau hat in den 1990er Jahren zu einer wesentlichen Verbesserung der Luftqualität geführt. Aus Sicht des Klimaschutzes ist allerdings klar, dass der Kat-Einbau nicht ausreicht, wir uns vielmehr von der Dominanz der Autos insgesamt verabschieden müssen (siehe Abschnitt Ökologischer Umbau und das Recht auf gute Arbeit“).

entfällt, die sich nicht an gleiche Vorschriften halten müssen und deshalb Wettbewerbsvorteile haben.

Klimademokratie

Nur mit einer tiefgreifenden Demokratisierung von Politik und Wirtschaft, nur mit einer Klimademokratie werden wir uns reelle Chancen erarbeiten können, den Klimawandel eindämmen und die menschliche Zivilisation erhalten zu können. Kern dieser Demokratisierung ist die Klimabewegung. Wir brauchen Power to the engaged People. Wir brauchen Klimaräte auf lokaler und nationaler Ebene, wir brauchen unabhängige Welt-Klima-Foren auf globaler Ebene. Wir brauchen Klimagerechtigkeit: den Respekt vor dem Anspruch aller Menschen dieser Erde auf ein Leben in Würde und Sicherheit. Wir müssen transparente klimapolitische Massnahmen durchsetzen, die sich gegenseitig ergänzen und stützen. Dabei muss ein guter Teil des privaten Reichtums des einen Prozentes in die Nützlichkeitszonen der Gesellschaft rückverteilt, und muss die Dominanz der Kapitalverwertung als gesellschaftliches Leitprinzip durchbrochen werden.

Und wir brauchen Aktionsformen, mit denen mehr und mehr Menschen erreicht werden, zum Beispiel Klimastreiks. Gewerkschaften und Berufsverbände sind dabei ganz besonders gefordert. Sie wissen, wie Menschen für ihre Anliegen in Bewegung gebracht werden können. Sie müssen diese Fähigkeit künftig auch auf klima- und umweltpolitische Themen ausweiten. Weil es auf einer toten Erde keine Jobs gibt. ★